

EUROPAWAHL
25. MAI 2014

12 Fragen vom OGBL - Antworten der Parteien

Einleitung

Am 25. Mai sind die Wahlen zum Europaparlament. Der OGBL, zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), ist für die Stärkung und die Weiterentwicklung der Europäischen Union. Jedoch stützt sich unser Europaprojekt auf Solidarität, sozialen Fortschritt, Entwicklung der Demokratie, Festigung der Sozialrechte sowie der Gewerkschaftsrechte.

Die seit fast 20 Jahren in Europa betriebene Politik hat sich immer mehr von den gewerkschaftlichen Zielen abgewandt, hat immer weiter auf wirtschaftliche Ziele gesetzt, und das zum Nachteil von den sozialen Zielen.

Die Wettbewerbsfähigkeit und der Konkurrenzkampf wurden gefördert, die Solidarität und die Zusammen-

arbeit wurden vernachlässigt. Obwohl laut den Europäischen Verträgen und Erklärungen, die Unternehmens- und Handelsfreiheit zur Entwicklung der europäischen Gesellschaft in Richtung sozialem Fortschritt beitragen sollte, hat die betriebene Politik sich mehr und mehr von dieser politischen Vision distanziert.

Die aktuelle Austeritätspolitik, die von der Barroso-Kommission betrieben wird und der der Europäische Rat zustimmt, ist ein Beispiel dieses falschen politischen Kurses.

Der OGBL erwartet von den politischen Parteien und von den Europawahlkandidaten, dass sie sich klar gegen die aktuelle Austeritätspolitik und für einen Kurswechsel aussprechen.

In diesem Zusammenhang wandte sich der OGBL an alle Parteien, die Kandidaten in die Europawahl schicken, mit einem 12-Punkte-Fragenkatalog. Wir veröffentlichen nachfolgend die Ergebnisse dieser Umfrage.

Anhang:

- Ein neuer Weg für Europa. Plan des EGB für Investment, nachhaltiges Wachstum und gute Arbeitsplätze
- Position des EGB zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft
- Ein Sozialvertrag für Europa



Der OGBL befragte die Parteien und ihre Kandidaten:

1

sich für eine tiefgründige Überarbeitung des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag) und sämtlicher Reglementierungen, die haushaltspolitisch innerhalb der Eurozone aufgestellt wurden, auszusprechen. Dabei sollen die sozialen und umweltbezogenen Ziele in gleichem Maße wie die wirtschaftlichen und finanziellen Ziele berücksichtigt werden;

Kommentar: Dieser Vertrag wird in die Gemeinschaftsmethode integriert werden müssen - er wird also in einen überarbeiteten und verbesserten Lissabonvertrag mit den erforderlichen sozialen Anmerkungen eingefügt werden.



nein



ja



ja



ja

Kommentar: Es gibt eine Ergebnisspflicht, um die Haushaltsmargen zu erhalten, die nötig sind, um die Zukunft vorzubereiten. Dies schließt nicht aus, dass die Würde jedes einzelnen zu respektieren ist. Es ist nicht eines oder das andere, es sind beide gleichzeitig. Europa wird in den kommenden Jahren einige Baustellen gleichzeitig in Angriff nehmen müssen, wie z.B. die Sanierung der öffentlichen Haushalte, die Förderung von Forschung und Innovation, die Reduzierung der Ungleichheiten, all dies mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung.



Kommentar: Die KPL ist davon überzeugt, dass es unmöglich ist, aus der Europäischen Union, die ausschließlich den Interessen des Großkapitals und der Finanzwelt dient, mit Hilfe kleiner Reformen eine Organisation zu machen, die den Interessen der Arbeitnehmer dient.

ja

Der OGBL befragte die Parteien und ihre Kandidaten:



2

die Vorschläge der Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen für ein Konjunkturprogramm, das Investitionen in innovative Projekte befürwortet, die die Bedürfnisse der Frauen und Männer der EU-Mitgliedländer als Grundlage nehmen und nicht die egoistischen Interessen der Investoren, die nur auf kurzfristige Gewinne setzen;

ja

ja

ja

ja

Kommentar: Es ist wahr, dass die reelle Wirtschaft eines der Opfer der Bankenkrise war. Unsere Wirtschaft, die weitgehend auf der Entwicklung der finanziellen Dienstleistungen fußt, wird sich dessen bewusst sein müssen, dass sowohl die reelle als auch die finanzielle Wirtschaft auf stabilen Fundamenten stehen muss. Es müssen also weiterhin die Möglichkeiten ausgeschöpft werden die es gibt, um Luxemburg und Europa nachhaltige finanzielle Aktivitäten zu garantieren.

ja

ja

3

die Forderung der Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen, damit ein Protokoll des sozialen Fortschritts den Verträgen beigefügt wird, damit die wirtschaftlichen Freiheiten in Zukunft nicht mehr gegenüber den sozialen Grundrechten Vorrang haben;

Kommentar: Die sozialen Grundrechte sind keine relativen Rechte, sondern müssen unter jedem Umstand respektiert werden.

ja

ja

ja

Kommentar: Das europäische Modell ist nach unserer Meinung auf dem Prinzip der Unantastbarkeit der menschlichen Würde aufgebaut. Die 28 müssen sich bezüglich der anzuwendenden finanziellen, haushaltsmäßigen und politischen Mittel einig werden, um diesem Prinzip treu zu bleiben. Hören wir also endlich damit auf, die Schuld immer auf die anderen abzuschieben, die EU auf die Mitgliedsländer und umgekehrt. Ja zum Protokoll, aus dem unbedingt hervorgehen muss, wer verantwortlich für die Umsetzung ist.

Kommentar: Die KPL ist für die Abschaffung des Maastrichter und des Lissaboner Vertrags.

ja

4

die Kollektivvertragsverhandlungen und Gewerkschaftsrechte zu unterstützen und weiterzuentwickeln, und das sowohl innerhalb der EU-Mitgliedstaaten als auch auf europäischer Ebene (transnationale Kollektivvertragsverhandlungen, europäisches Streikrecht, Erweiterung und Stärkung des Rechts der Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter auf Unter- richtung, Anhörung und Mitbestimmung, sowohl auf europäischem Niveau als auch innerhalb der EU-Mitgliedstaaten);

ja

ja

ja

ja

Kommentar: Bezüglich des Vertrags gibt es nichts, das ihren Forderungen widerspricht. Im Rahmen der Verantwortungen die uns zuteil werden, werden wir in diese Richtung arbeiten.

ja

ja

Der OGBL befragte die Parteien und ihre Kandidaten:



<p>5 unsichere Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen, und sich jeder EU-Richtlinie und EU-Initiative zu widersetzen, die solche Verhältnisse fördert;</p>	ja	ja	ja	ja	ja	ja
				<p><i>Kommentar:</i> Es ist nicht nötig, das Arbeitsrecht mit Hilfe einer Gemeinschaftsdirektive zu brechen. Worauf es ankommt, ist dazu beizutragen, den Arbeitsmarkt zu stabilisieren, im Rahmen einer gesunden Wirtschaftslage. Die Vollendung des Binnenmarktes muss vielmehr begleitet werden von einer Reduzierung der sozialen Ungleichheiten innerhalb der Mitgliedstaaten anstatt reaktionslos dem Ausverkauf der sozialen Standards zuzuschauen.</p>		
<p>6 die Einführung eines europaweiten Mindestlohns zu unterstützen, basiert auf gemeinsamen europäischen Prinzipien wie z.B. der Festsetzung des Mindestlohns aufgrund eines Prozentsatzes des mittleren Lohns (Median), damit der Mindestlohn überall über der Armutsgrenze liegt. Dazu sollen noch automatische Anpassungsmechanismen des Mindestlohns an die Preisentwicklung und obligatorische regelmäßige Angleichungsmechanismen des Mindestlohns an die allgemeine Lohnentwicklung festgesetzt werden;</p>	ja	ja	ja	ja	ja	ja
				<p><i>Kommentar:</i> Das Prinzip eines obligatorischen sozialen Mindestlohns müsste in jedem Mitgliedstaat umgesetzt werden. Der soziale Mindestlohn muss natürlich den Spezifitäten jedes einzelnen Mitgliedstaates Rechnung tragen, indem jedoch langfristig versucht wird, die Beträge aneinander anzupassen.</p>		
<p>7 zu verlangen, dass jeder Mitgliedstaat der Union die Charta der europäischen Grundrechte einhält, und dass die Ausnahmereglung, wie sie dem Vereinigten Königreich, Polen und der Tschechischen Republik gewährt wird, abgeschafft werden soll;</p>	ja	ja	ja	ja	ja	ja
<p>8 die Einrichtung einer ehrgeizigen Strategie, zur Förderung der Gesundheit, der Sicherheit und der Hygiene am Arbeitsplatz, überall in Europa, und zwar ohne jegliche Ausnahme;</p>	ja	ja	ja	ja	ja	ja
<p>9 die Sozialversicherung als grundlegendes Menschenrecht zu verteidigen, und in diesem Zusammenhang die öffentlichen Rentensysteme als eine wichtige Säule der sozialen Absicherung der älteren Menschen zu garantieren;</p>	ja	ja	ja	ja	ja	ja

Der OGBL befragte die Parteien und ihre Kandidaten:



10

ja

ja

ja

ja

ja

ja

die Verteidigung der für alle zugänglichen öffentlichen Dienste von allgemeinem Interesse, die Ablehnung der Weiterführung der aktuellen Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik innerhalb der Union; auch soll darauf geachtet werden, dass die internationalen Handelsabkommen diese respektieren;

Kommentar: Auch wenn man weiß, dass Europa bei Verhandlungen mit Drittstaaten - insbesondere mit den Vereinigten Staaten und mit den Schwellenländern - oft isoliert dasteht.

11

ja

ja

ja

ja

ja

ja

die Forderung der europäischen Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen, für ein europaweit gerechteres Steuersystem (umverteilende und progressive Besteuerung, Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlage und des Besteuerungssatzes der Firmen, Kampf gegen Steuerhinterziehung, Spekulation, Schwarzarbeit und Korruption, ...);

Kommentar: Steuergerechtigkeit heißt nicht Steuerharmonisierung. Jedoch muss gegen Steuerdumping vorgegangen werden, indem man die über großen Unterschiede zwischen den angewandten Steuersätzen in den verschiedenen Mitgliedstaaten reduziert. Dennoch ist ein gesunder Konkurrenzkampf zwischen den Steuersätzen der Mitgliedstaaten im Interesse aller.

12

ja

ja

ja

ja

die Stellungnahmen und Vorschläge der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen, betreffend der Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft.

Kommentar: Es bedarf größerer Transparenz gegenüber dem Europaparlament und den Mitgliedstaaten, die schließlich darüber entscheiden werden, was mit den Vorschlägen des Abkommens passiert.

Kommentar: Die KPL fordert die sofortige Einstellung der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA, um zu verhindern, dass die sozialen Errungenschaften und die Umweltstandards verlorengehen.